
Problem-Peer und die (Über-)Mutter der Nation: Kanzlerkandidaten und Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2013

Markus Klein und Ulrich Rosar

1 Einleitung

Die Performanz Peer Steinbrücks während seiner Kanzlerkandidatur für die SPD bei der Bundestagswahl 2013 ist in vielfältiger Weise geschmäht worden. Der SPIEGEL, der seine Nominierung zunächst nachdrücklich forciert hatte, bezeichnete ihn Anfang 2013 in der Überschrift einer Titelgeschichte als „Dilettant“ (Beste et al. 2013, S. 17–22). In einem Interview mit dem Magazin der Süddeutschen Zeitung kurz vor der Bundestagswahl wurde Steinbrück mit einigen weiteren Schmähungen der Presseberichterstattung konfrontiert: „Pannen-Peer, Problem-Peer, Peerlusconi – um nette Spitznamen müssen Sie sich keine Sorgen machen, oder?“ (SZ-Magazin 37/2013:1). Steinbrücks Reaktion darauf war der berühmt-berüchtigte Stinkefinger, der dann auch das Titelbild dieser Ausgabe des SZ-Magazins zierte. Ganz anders hingegen Angela Merkel. In verschiedenen Medienberichten über sie findet sich im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 die Metapher von der „Mutter“, teilweise auch der „Übermutter der Nation“. Merkel schien nahezu alles richtig zu machen, hielt sich vom alltäglichen Klein-Klein des Wahlkampfes eher fern, ignorierte den SPD-Kandidaten, soweit sie nur konnte, und schwebte in fast schon präsidentlicher Höhe über den Dingen. In allen von den verschiedenen Meinungsforschungsinstituten veröffentlichten Umfragen lag sie deutlich vor Steinbrück.

M. Klein (✉)

Leibniz Universität Hannover, Hannover, Deutschland

E-Mail: m.klein@ipw.uni-hannover.de

U. Rosar

Heinrich-Heine-Universität, Düsseldorf, Deutschland

E-Mail: ulrich.rosar@uni-duesseldorf.de

Vor diesem Hintergrund scheint ein Aufsatz über den Einfluss der Kanzlerkandidaten auf das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2013 zunächst als leichte Übung. Peer hat's vermässelt, Angie hat's gerissen. So in zugespitzter Form die Deutung vieler Kommentare im unmittelbaren Anschluss an die Bundestagswahl 2013. Doch so leicht wollen und können wir es uns nicht machen. Eine wahlsoziologische Behandlung des Themas erfordert auch das Hinterfragen und empirische Überprüfen vermeintlicher Gewissheiten. Welchen Einfluss haben die Kanzlerkandidaten auf die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2013 letztlich wirklich gehabt? Wie haben sich die von den Medien kritisierten Fehlleistungen Steinbrücks tatsächlich auf seine Unterstützung in der Bevölkerung ausgewirkt? Hätte die SPD mit einem anderen Kanzlerkandidaten als Steinbrück bessere Erfolgchancen gehabt? Solchen und anderen Fragen wollen wir im Rahmen dieses Beitrags nachgehen.

Der vorliegende Beitrag knüpft außerdem unmittelbar an den unter unserer Mitwirkung entstandenen Aufsatz über die Rolle der Kanzlerkandidaten bei der Bundestagswahl 2009 im letzten Blauen Band an (Ohr et al. 2013). Dieser nahm eine breit angelegte theoretische und empirische Perspektive ein, die auch die längerfristigen Trends und Entwicklungen im Vorfeld des Wahltages in den Blick nimmt. Dahinter steht die Überzeugung, dass es nicht ausreicht, kurz vor oder nach dem Wahltag den Einfluss der Kanzlerpräferenz auf die Wahlentscheidung in einer reinen Querschnittsbetrachtung empirisch zu untersuchen (Ohr und Klein 2001; Ohr 2005). Vielmehr müssen auch Niveaueverschiebungen in der Unterstützung der Kandidaten, die sich zeitlich teilweise deutlich vor dem Wahltag vollziehen, in den Blick genommen werden, um die Bedeutung der Kanzlerkandidaten für die Wahlentscheidung und das Wahlergebnis angemessen würdigen zu können. In letzter Konsequenz muss sogar der Prozess der Nominierung der Kanzlerkandidaten untersucht werden, um den Kandidatenfaktor richtig einordnen und bewerten zu können. Letztgenannter Aspekt ist im Hinblick auf die Kanzlerkandidatur der SPD gerade für die Bundestagswahl 2013 von besonderer Bedeutung.

Im Folgenden werden wir zunächst kurz unsere untersuchungsleitenden theoretischen Überlegungen zur Bedeutung der Kanzlerkandidaten für die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2013 präsentieren. Im Anschluss daran fokussieren wir uns auf den Prozess der Kandidatenauswahl bei der SPD und untersuchen die Unterstützung der verschiedenen potentiellen Kandidaten bis zur offiziellen Nominierung Steinbrücks Ende September 2012 sowie die sich daran anschließende Entwicklung des Bevölkerungsurteils über Steinbrück bis zur Bundestagswahl. Erst danach nehmen wir die Konfrontation von Merkel und Steinbrück direkt in den Blick, wobei wir uns zunächst auf die Entwicklung dieser Konkurrenzsituation im Laufe des Wahlkampfes konzentrieren. Die Bedeutung der Kanzlerkandidaten für die Wahlentscheidung wird anschließend in unmittelbarer zeitlicher Nähe zum Wahltag im Rahmen multivariater Erklärungsmodelle der Wahlentscheidung untersucht. Der Aufsatz schließt mit einer kurzen Zusammenfassung und einigen Schlussfolgerungen.

2 Theoretische Vorüberlegungen

Dass die Wahrnehmung und Bewertung politischer Kandidaten die Wahlentscheidung der Bürger beeinflussen kann, ist sicherlich keine sonderlich gewagte Behauptung. Und dennoch spielten Kandidaten in der empirischen Wahlforschung zunächst eine eher randständige Rolle. In den frühen soziologischen Erklärungsansätzen des Wählerverhaltens wurde die Wahlentscheidung durch die sozialstrukturelle Verortung der Wähler, (Lazarsfeld et al. 1944) sowie historisch gewachsene Repräsentationskoalitionen zwischen den Parteien und bestimmten sozialen Gruppen, den sogenannten Cleavages (Lipset und Rokkan 1967), erklärt. Den Eigenschaften der Kandidaten und ihrer Wahrnehmung durch die Wähler kam dabei kein eigenständiger Erklärungswert zu. Dies änderte sich erst im Rahmen des parallel zur Ausbreitung der Umfrageforschung entwickelten sozialpsychologischen Michigan-Modells (Campbell et al. 1960). Dieser Erklärungsansatz des Wählerverhaltens stellte mit der Parteiidentifikation eine in Kindheit und Jugend erworbene, langfristig stabile affektive Bindung an eine Partei in den Mittelpunkt. Der Parteiidentifikation konzeptionell nachgelagert wurden außerdem die eher kurzfristig angelegten Themen- und Kandidatenorientierungen berücksichtigt. Die Kandidaten waren damit „im Spiel“, ihnen kam aufgrund der Dominanz der Parteiidentifikation lange Zeit aber gleichwohl eine eher nachgeordnete Bedeutung zu.

Eine grundlegende Akzentverschiebung ergab sich dann im Zuge des fortschreitenden *Partisan Dealignment* (Dalton 2000). Mit diesem Begriff wird die Diagnose einer nachlassenden Prägekraft sozialstruktureller Merkmale für die Wahlentscheidung bezeichnet, die sich auch in einer rückläufigen Verbreitung und abnehmender Stärke affektiver Parteibindungen niederschlägt. Die Ursache dieser Entwicklung ist in langfristig angelegten Prozessen des sozialen Wandels zu suchen, wobei in vorderster Linie die Erosion traditioneller sozialer Milieus, die Bildungsexpansion, die Individualisierung und der gesellschaftliche Wertewandel zu nennen sind. Ein Bedeutungsverlust der Parteiidentifikation ist im Rahmen des sozialpsychologischen Modells des Wählerverhaltens aber gleichbedeutend mit einem Bedeutungsgewinn der Themen- und Kandidatenorientierung. Diese werden zum einen nicht mehr so stark wie früher von der Parteiidentifikation vorstrukturiert und entfalten zum anderen einen stärkeren eigenständigen Effekt auf die Wahlentscheidung. Die Orientierung an Themen und Sachfragen muss dabei allerdings als äußerst voraussetzungsreich bezeichnet werden. Sie verlangt von den Wählern ein gewisses Maß an politischen Informationen, Interesse und kognitiven Fähigkeiten (Furnberg und Steinbrecher 2013). Die Orientierung an politischen Kandidaten fällt demgegenüber leichter. Politiker können mit den Maßstäben der Alltagsrationalität beurteilt werden, die auch im Umgang mit anderen Menschen zur Anwendung gelangen (Miller et al. 1986).

Vor diesem Hintergrund wird in der empirischen Wahlforschung seit einiger Zeit intensiv das Phänomen der *Personalisierung von Politik* diskutiert (Wattenberg 1991; McAllister 2007). Im Hinblick auf das Wählerverhalten ist damit ein relativer Bedeutungsgewinn der Kandidatenorientierungen für die Wahlentscheidung zu verstehen, der aus den eben beschriebenen Mechanismen folgt. Die *Personalisierung des Wählerverhaltens* wird

begleitet von einer *Personalisierung der Medienberichterstattung* sowie einer *Personalisierung der Wahlkampfführung* (Mancini und Swanson 1996; Ohr 2011), die im Kontext parlamentarischer Regierungssysteme auch als *Präsidentialisierung* (Mughan 2000) bezeichnet werden. Diese beiden einander wechselseitig verstärkenden angebotsseitigen Prozesse (Brettschneider 2002) sind zum einen eine Reaktion auf die Veränderung des Wählerverhaltens und zum anderen mitverursacht durch technologische und ökonomische Veränderungen des Mediensektors (Schulz 2011). Sie wirken ihrerseits wiederum auf das Wählerverhalten zurück, so dass von drei interdependenten Personalisierungsprozessen gesprochen werden kann. Diese werden zuweilen noch in eine allgemeine und eine spezifische Form unterschieden (Lass 1995). Unter *globaler Personalisierung* wird dabei ein Bedeutungsgewinn von Kandidaten für die Wahlentscheidung, die Wahlkampfführung und die Politikberichterstattung verstanden. Mit dem Begriff der *spezifischen Personalisierung* hingegen wird ein entsprechender Bedeutungsgewinn persönlich-privater Persönlichkeitseigenschaften im Vergleich zu rollenrelevanten politischen Eigenschaften bezeichnet.

Inwieweit die verschiedenen im Rahmen der Personalisierungsdiskussion behaupteten Trends und Entwicklungen tatsächlich mit der Realität in Einklang stehen, ist dabei aber durchaus umstritten. So ist für Deutschland empirisch weiterhin ungeklärt, ob es wirklich einen säkularen Trend des Bedeutungszuwachses von Kandidatenorientierungen für die Wahlentscheidung gibt. Dass die Bedeutung der Spitzenkandidaten von Wahl zu Wahl und von Kandidatenkonstellation zu Kandidatenkonstellation variiert ist, dabei unstrittig. Es kann sogar gezeigt werden, dass das Ausmaß der Personalisierung der Wahlentscheidung auch von den konkret zur Wahl stehenden Kandidaten abhängt (Ohr et al. 2013). Dies bedeutet, dass sich „Kanzlerkandidaten [auch]. darin. unterscheiden, inwieweit sie mit ihren politischen und persönlichen Eigenschaften den Wahlkampf wie die Wahlentscheidung prägen und personalisieren können“ (Ohr et al. 2013, S. 227). Inwieweit hinter diesen kurzfristigen Fluktuationen aber ein langfristiger Trend im Sinne der Personalisierungsthese identifiziert werden kann, ist bislang nicht eindeutig geklärt (Ohr 2000; Brettschneider 2001, 2002; Pappi und Shikano 2001). Ebenso ungeklärt ist, ob Politiker wirklich zunehmend unter unpolitisch-privaten Aspekten betrachtet und bewertet werden. Auch wenn dies für die Politikberichterstattung vergleichsweise deutlich gezeigt werden kann (Wilke und Reinemann 2000), muss bislang offen bleiben, ob dies auch für die Wählerinnen und Wähler gilt (Lass 1995, Brettschneider 2002). Was allerdings zweifelsfrei festgehalten werden kann, ist das Faktum, dass die rollenfernen, unpolitischen Persönlichkeitseigenschaften der Kandidaten einen nachweisbaren Effekt auf die Wahlentscheidung besitzen, der allerdings erkennbar schwächer ausfällt als der Effekte der rollenrelevanten, politischen Eigenschaften (Klein und Ohr 2000, 2001; Ohr und Oscarsson 2011).

Was bedeuten die eben skizzierten theoretischen Überlegungen und empirischen Befunde nun aber konkret für unsere Analyse des Einflusses der Kanzlerkandidaten auf die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2013? Sie begründen *erstens* ganz allgemein die Erwartung, dass von der Wahrnehmung und Bewertung der Kanzlerkandidaten ein eigenständiger und substantiell bedeutsamer Effekt auf die Wahlentscheidung zugunsten

ihrer jeweiligen Partei(en) ausgeht. Sie begründen *zweitens* aber auch die Erwartung, dass sich die Stärke dieses Effekts zwischen Merkel und Steinbrück unterscheidet, da der Grad der Personalisierung der Wahlentscheidung ebenfalls von den Eigenschaften der Kandidaten abhängt. Sie begründen *drittens* die Erwartung, dass die beiden Kanzlerkandidaten vergleichsweise eigenständige Beurteilungsobjekte darstellen: Sie werden nicht ausschließlich oder auch nur vorrangig als Vertreter der CDU/CSU bzw. der SPD wahrgenommen, sondern stehen als Personen in erster Linie für sich selbst und führen gewissermaßen ein „Eigenleben“. Daraus folgt, dass ihr Auftreten, ihre Aussagen und ihre Handlungen Auswirkungen auf ihre Bewertungen haben sollten. Und zwar sowohl im privaten, wie auch im politischen Bereich, und sowohl in lang- als auch in kurzfristiger Perspektive. Während des Wahlkampfes sollte das Verhalten der Kandidaten aber besonders intensiv beobachtet werden und sich daher nachdrücklich und unmittelbar in ihren Bewertungen niederschlagen können. Die Wahrnehmung und Bewertung der Kandidaten unterliegt damit einer Art „biographischer Pfadabhängigkeit“, die im Rahmen unserer Analyse zu berücksichtigen und nachzuzeichnen ist.

3 Die SPD und ihr(e) Kanzlerkandidat(en)

Im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 konnten zu keinem Zeitpunkt vernünftige Zweifel daran aufkommen, dass Angela Merkel die Unionsparteien als Kanzlerkandidatin in den Wahlkampf führen würde. Ganz anders hingegen die Situation bei den Sozialdemokraten. Nachdem Frank-Walter Steinmeier die SPD bei der Bundestagswahl 2009 zu einem desaströs schlechten Wahlergebnis geführt hatte, war unmittelbar klar, dass er als SPD-Kanzlerkandidat bei der darauffolgenden Bundestagswahl nicht automatisch „gesetzt“ war. Da ihm trotz der Wahlniederlage allgemein ein weitgehend fehlerfreier und solider Wahlkampf bescheinigt wurde, war er aber auch nicht von vornherein aus dem Rennen. Als „natürlicher“ Anwärter auf die Kanzlerkandidatur der SPD galt neben Steinmeier Sigmar Gabriel, der kurz nach der Bundestagswahl 2009 den Vorsitz der SPD von Franz Müntefering übernommen hatte. Aus dem Rennen schien hingegen zunächst Peer Steinbrück zu sein, der im November 2009 kurz nach seiner Entlassung als Bundesfinanzminister erklärt hatte, sich aus der Spitzenpolitik zurückziehen zu wollen und künftig als einfacher Bundestagsabgeordneter zu arbeiten. Beginnend im Jahr 2010 wurde er aber von verschiedenen Seiten, vor allem aber von bestimmten Medienorganen, als möglicher Kanzlerkandidat der SPD ins Gespräch gebracht. Die innerparteiliche Diskussion über die SPD-Kanzlerkandidatur bei der Bundestagswahl 2013 konzentrierte sich daher sehr bald auf die sogenannte „Troika“ aus Steinmeier, Gabriel und Steinbrück.

In der Diskussion über die Kanzlerkandidatur der SPD bei der Bundestagswahl 2013 spielten die Erfolgchancen der drei potentiellen Kandidaten naturgemäß eine entscheidende, wenn nicht gar die dominierende Rolle. Aufgrund der permanenten Verfügbarkeit aktueller Umfrageergebnisse über die Beurteilung der Kandidaten durch die Bevölkerung, konnte dieser Aspekt der Entscheidungsfindung auch ausgesprochen informationsgesät-

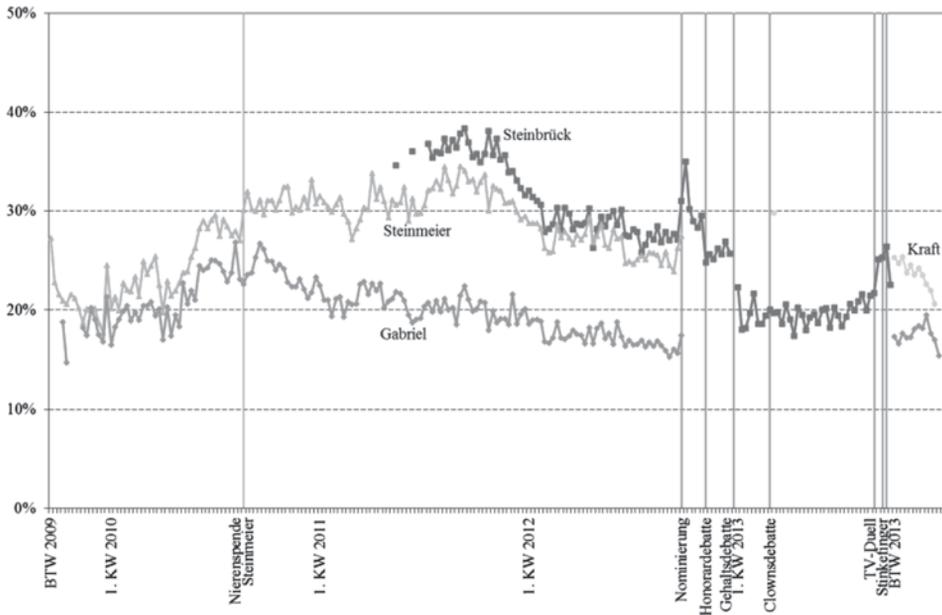


Abb. 1 Die Entwicklung der Kanzlerpräferenz zugunsten diverser SPD-Politiker zwischen 2009 und 2013

tigt diskutiert werden. In Abb. 1 haben wir auf der Grundlage der forsa-Tagesbefragungen¹ für die 18. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages die Ergebnisse der sogenannten Kanzlerpräferenzfrage dokumentiert. Hier werden die Befragten darum gebeten anzugeben, für wen sie sich entscheiden würden, wenn sie den Bundeskanzler direkt wählen könnten². Eine Besonderheit der forsa-Umfragen besteht dabei darin, dass in den Monaten, in denen die Kanzlerkandidatur der SPD nicht eindeutig geklärt war, mehrere mögliche Herausforderer Angela Merkels abgefragt wurden³. Da wir uns in diesem Abschnitt

¹ Beim forsa-BUS handelt es sich um eine telefonisch durchgeführte Omnibusbefragung. In ihrem Rahmen werden an jedem Werktag (außer Samstag) 500 Personen unter anderem auch zu politischen Themen befragt. Die an einem Tag befragten Personen stellen dabei eine Zufallsstichprobe aus der wahlberechtigten Bevölkerung dar. Unseren Analysen liegen die kumulierten Datensätze für die Jahre 2009 bis 2013 zugrunde. Diese sind im Datenarchiv der GESIS unter den Nummern ZA5049, ZA5293, ZA5631, ZA5694 und ZA5927 archiviert. Unsere Auswertungen wurden mit gewichteten Daten vorgenommen. Dabei wurde die von forsa zur Verfügung gestellte Gewichtung nach den Merkmalen Bundesland, Geschlecht, Alter und letztem Bundestagswahlergebnis verwendet.

² Die Kanzlerpräferenzfrage im Rahmen des forsa-BUS lautete in den Jahren 2009 bis 2013 wie folgt: „Wenn Sie den Bundeskanzler selbst wählen könnten, für wen würden Sie sich entscheiden: für Angela Merkel oder für [Name des Herausforderers]?“.

³ Die in der voranstehenden Fußnote dokumentierte Kanzlerpräferenzfrage wurde dann um folgende Nachfrage [ggf. mehrfach] ergänzt: „Und wenn Angela Merkel und [Name des alternativen Herausforderers] zur Wahl stehen würden. Für wen würden Sie sich dann entscheiden: für Angela Merkel oder für [Name des alternativen Herausforderers]?“.

auf die relativen Erfolgchancen der potentiellen SPD-Kandidaten konzentrieren, ist in Abb. 1 nur der Prozentanteil der Bevölkerung abgetragen, der den jeweiligen Kandidaten wählen würde. Die komplementären Werte für Angela Merkel sind aus Gründen der Übersichtlichkeit nicht ausgewiesen.

Aus Abb. 1 geht zunächst hervor, dass Steinmeier und Gabriel unmittelbar nach der Bundestagswahl 2009 bis etwa zu Beginn der zweiten Jahreshälfte 2010 in der Wählergunst ungefähr gleichauf lagen, mit leichten Vorteilen für Frank-Walter Steinmeier. Erst danach begannen sich die beiden Kurven deutlicher zugunsten von Steinmeier auseinander zu entwickeln. Beschleunigt wurde diese Entwicklung durch die Ankündigung Steinmeiers, seiner kranken Frau eine Niere spenden zu wollen und deshalb für einige Wochen aus dem Politikbetrieb auszuschneiden, die in den Medien ausgesprochen wohlwollend kommentiert wurde (34. Kalenderwoche 2010). In der Folgezeit lagen die Umfragewerte Gabriels durchgängig circa 10 Prozentpunkte niedriger als diejenigen Steinmeiers. Ab ungefähr Mitte 2011 wurden dann regelmäßig auch die Präferenzwerte Steinbrücks erhoben, die zunächst erkennbar über den Werten Steinmeiers lagen. Ab Jahresbeginn 2012 glichen sich die Werte der beiden „Stones“ dann aber weitgehend an, mit weiterhin leichten Vorteilen für Steinbrück.

Entschieden wurde die K-Frage Ende September 2012 (39. Kalenderwoche). Steinmeier und Gabriel verzichteten auf die Kandidatur, Steinbrück wurde offiziell auf den Schild gehoben. In Reaktion auf diese Entscheidung stieg die Unterstützung für Steinbrück in der Bevölkerung kurzzeitig sprunghaft an, um dann aber sehr schnell wieder auf das Ausgangsniveau zu sinken. Verantwortlich hierfür war die kurz nach seiner Nominierung einsetzende öffentliche Debatte über die von Steinbrück seit seinem Ausscheiden aus dem Amt des Bundesfinanzministers eingenommenen Vortragshonorare. Diese Honorardebatte fand ihren Höhepunkt in der 44. Kalenderwoche 2012 als Steinbrück die konkreten Summen veröffentlichte, die sich für die Jahre 2009 bis 2012 auf 1,25 Mio. Euro addierten. Da Steinbrück parallel hierzu vorgeworfen wurde, seine Arbeit als Bundestagsabgeordneter vernachlässigt zu haben, entstand der Eindruck eines raffgierigen, verantwortungslosen Politikers. Einen den Abwärtstrend weiter verstärkenden Effekt hatte kurz darauf die in einem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung getroffene Aussage Steinbrücks, das Amt des deutschen Bundeskanzlers sei zu schlecht bezahlt (52. Kalenderwoche 2012). In der Folge fiel die Unterstützung für Steinbrück auf ein Niveau von ungefähr 20% und verharrte dort für einen längeren Zeitraum. Dass Steinbrück in der 9. Kalenderwoche des Jahres 2013 die italienischen Politiker Silvio Berlusconi und Beppe Grillo als „Clowns“ bezeichnete, beeinflusste seine Unterstützung nicht merklich. Erst das TV-Duell am Ende der 35. Kalenderwoche führte dann wieder zu Bewegung: Die Unterstützung für Steinbrück erhöhte sich um 5 Prozentpunkte. Dieser Effekt wurde auch durch die Diskussion über Steinbrücks Stinkefinger-Foto im SZ-Magazin (37. Kalenderwoche 2013) nicht aufgehoben. In der Woche der Bundestagswahl (38. Kalenderwoche 2013) erreichte Steinbrück die höchste Bevölkerungsunterstützung während des ganzen Jahres 2013, aber gleichwohl ein Unterstützungsniveau, das etwas geringer lag als die durchschnittliche Unterstützung vor seiner Nominierung.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass der Prozess der Kandidatennominierung der SPD – auch wenn er nicht immer einen sonderlich planvollen Eindruck erweckte – rückblickend durchaus eine gewisse Rationalität erkennen lässt. Mit Peer Steinbrück wurde derjenige Politiker zum Kanzlerkandidaten der SPD ernannt, der zum Zeitpunkt der Nominierung und in den Monaten davor die besten Umfragewerte erhielt. Er lag zwar nur denkbar knapp vor Steinmeier, aber ausgesprochen deutlich vor Sigmar Gabriel. Dass die Entscheidung gegen Gabriel richtig war, zeigt sich unter anderem an dessen Umfragewerten nach der Bundestagswahl 2013. Hier berücksichtigte forsa nach dem Rückzug Steinbrücks fortan Sigmar Gabriel und Hannelore Kraft als mögliche Kanzlerkandidaten der SPD. Die Werte Gabriels lagen dabei auf nahezu dem gleichen schlechten Niveau wie vor der Nominierung Steinbrücks und außerdem zumeist erkennbar unterhalb der Werte Steinbrücks während des Jahres 2013. Als Fehlleistung der SPD-Wahlkampfplanung muss allerdings gelten, dass das Skandalisierungspotential, das in der hochbezahlten Referententätigkeit Steinbrücks schlummerte, nicht erkannt wurde. Darüber hinaus sind Steinbrück selbst einige Fehlleistungen vorzuwerfen, von denen sich die Aussagen über die Bezahlung des Bundeskanzlers am stärksten in seinen Umfragezahlen niederschlugen.

Ob und inwieweit die SPD mit einem Kanzlerkandidaten Steinbrück oder einer Kanzlerkandidatin Kraft besser gefahren wäre, bleibt letztlich eine hypothetische Frage. In Bezug auf Steinbrück ist allerdings darauf hinzuweisen, dass sich nach Analysen von Rosar und Hoffmann (2015) die Unterstützung von Steinmeier im Vorfeld der Bundestagswahl 2009 fast identisch zur Unterstützung von Steinbrück im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 entwickelte, so dass zunächst kein Grund zu der Annahme besteht, dass Steinmeier sich notwendigerweise deutlich besser geschlagen hätte. In Bezug auf Hannelore Kraft ist anzumerken, dass sie in der 10. Kalenderwoche 2013 zwar eine deutlich höhere Unterstützung erzielen konnte als Steinbrück, ihre Werte unmittelbar nach der Bundestagswahl aber kaum besser waren als diejenigen Steinbrücks im unmittelbaren Vorfeld der Bundestagswahl.

4 Angela Merkel und Peer Steinbrück im Wahlkampf

Mit Blick auf die parteiinternen Alternativen war Peer Steinbrück also durchaus kompetitiv. Anders sieht es jedoch aus, wenn der unmittelbare Vergleich zur Amtsinhaberin Angela Merkel gezogen wird. Wenn wir eingangs zugespitzt formuliert haben, dass sie in ihrer medialen Darstellung während des Wahlkampfes den Eindruck vermitteln konnte in geradezu präsidentialer Höhe über den Alltagsniederungen des politischen und wahlkämpferischen Tagesgeschäfts zu schweben, so wird dieser Eindruck auch durch alle einschlägigen Umfragereihen im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 unterstrichen. Exemplarisch haben wir zur Illustration in Abb. 2 die Werte gegenübergestellt, die Merkel und Steinbrück bei der Kanzlerpräferenzfrage der Rolling Cross-Section-Studie (RCS) 2013 der German

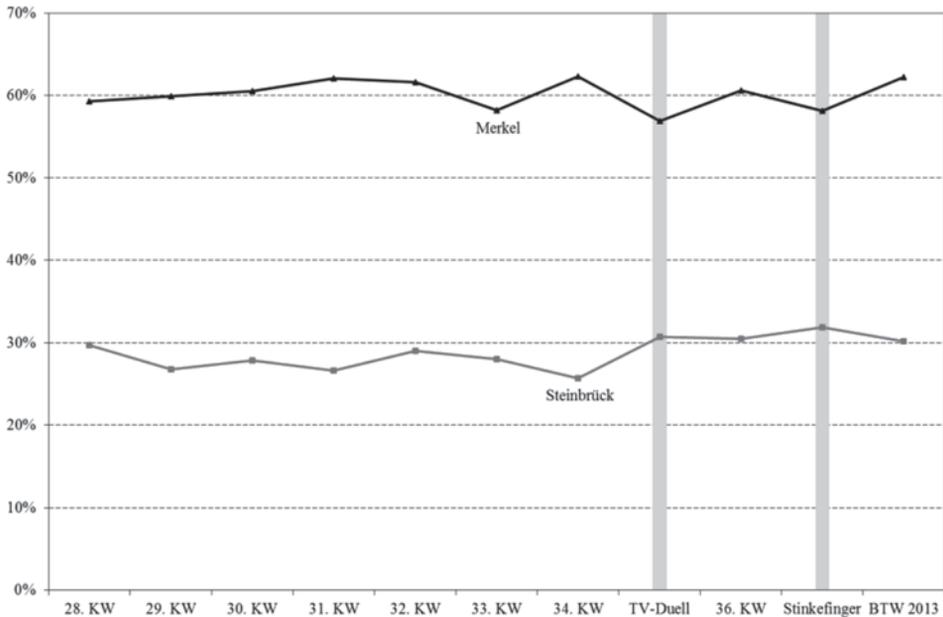


Abb. 2 Die Entwicklung der Kanzlerpräferenz zugunsten Angela Merkels und Peer Steinbrücks in der heißen Wahlkampfphase 2013

Longitudinal Election Study (GLES) erzielt haben⁴. Hier liegt sie mit Beginn der heißen Wahlkampfphase 2013 durchgehend in der Beliebtheit bei den Wählerinnen und Wählern mindestens 26 Prozentpunkte vor ihrem Herausforderer und kann mit Zustimmungswerten um die 60 % mehr als deutlich ihre herausgehobene Stellung unterstreichen. Wenig ins Gewicht zu fallen scheinen für die Werte beider Kontrahenten dabei das TV-Duell und Steinbrücks Stinkefinger-Foto. Letzteres steht im Einklang mit den Befunden für Steinbrück, die sich auf der Grundlage der forsa-Daten ergeben, ersteres scheint ihnen zu widersprechen. Berücksichtigt man jedoch, dass auch dieser Anstieg der Zustimmungswerte für Steinbrück in der unmittelbaren Vorwahlphase gemessen am Einbruch seiner Werte

⁴ Bei der Rolling Cross-Section-Studie handelt es sich um eine tägliche Telefonbefragung auf der Grundlage rollierender Zufallsstichproben, die beginnend mit der 28. Kalenderwoche 2013 in den elf Wochen vor dem Wahltag durchgeführt wurde. Sie kann beim Datenarchiv der GESIS unter der Studiennummer ZA5703 bezogen werden. Die Kanzlerpräferenzfrage lautete durchgehend „Und wen hätten Sie nach der Bundestagswahl lieber als Bundeskanzlerin oder Bundeskanzler: Angela Merkel oder Peer Steinbrück?“ Aus methodischen Gründen wurden alle Fälle der ersten drei Erhebungstage von uns aus den berichteten Analysen ausgeschlossen, die Fallzahl der 28. Kalenderwoche liegt daher bei 411 und in allen übrigen Wochen bei rund 650 bis knapp 800. Zusätzlich zu dieser Korrektur wurden alle Berechnungen mit gewichteten Daten vorgenommen, wobei die im Datensatz zur Verfügung stehende gesamtdeutsche Transformations-, Sozialstruktur- und Regionsgewichtung genutzt wurde. Vgl. zu den Einzelheiten der Rolling Cross-Section-Studie die GLES-Homepage der GESIS: <http://www.gesis.org/wahlen/gles/daten-und-dokumente/daten/>.

bis zum Jahreswechsel 2012/2013 ohnehin recht bescheiden war, so könnte sich die Abweichung zwischen beiden Trendreihen gegebenenfalls als zufallsbedingte Schwankung zwischen unterschiedlichen Stichproben- und Erhebungsformaten verstehen lassen. Am grundsätzlichen Befund, dass der Herausforderer zu keinem Zeitpunkt und erst recht nicht am Wahltag auf Augenhöhe mit der Kanzlerin agieren konnte, ändert sich durch diese Abweichung zwischen den Trendreihen ohnehin nichts.

Nun ist die Kanzlerpräferenz konzeptionell und in ihrer Operationalisierung bereits recht nah an die eigentliche Wahlentscheidung angelehnt, so dass nicht ausgeschlossen werden kann, dass wahltaktische und parteipolitisch eingefärbte Erwägungen bei der Einschätzung der Kandidaten eine deutliche Rolle spielen können. Hinzu kommt, dass es eine Forced-Choice-Situation ist, bei der beide Kandidaten in eine Rangfolge gebracht werden müssen. Dies mag zusammengenommen zur Überschätzung der Unterschiede in ihrer Bewertung führen. Daher ist es instruktiv, sich auch die diskrete Bewertung Angela Merkels und Peer Steinbrücks in Bezug auf verschiedene Persönlichkeitseigenschaften anzusehen. Hierzu bietet der sogenannte Vorwahlquerschnitt der GLES⁵ eine geeignete Möglichkeit, da separat für beide Spitzenkandidaten abgefragt wurde, inwieweit sie als Repräsentant der Werte und Vorstellungen der eigenen Partei gelten können, gute Konzepte zur Ankurbelung der Wirtschaft haben, durchsetzungsfähig sind und vertrauenswürdig erscheinen. Zusätzlich zu diesen vier politikrelevanten Kandidateneigenschaften wurde als weitere, eher rollenferne Persönlichkeitseigenschaft abgefragt, ob sie als Mensch sympathisch sind⁶. Abb. 3 zeigt zunächst, dass Peer Steinbrück auch bei diesem Vergleich nahezu durchgängig und mit vergleichsweise deutlichem Abstand hinter Angela Merkel liegt. Er gilt weniger häufig als Repräsentant seiner Partei und wird seltener für durchsetzungsfähig,

⁵ Bei der Vorwahl-Querschnittsbefragung der GLES handelt es sich um den ersten Teil einer Vorwahl/Nachwahl-Befragung im CAPI-format, die vom 29. Juli bis 21. September 2013 durchgeführt wurde. Die Daten können beim Datenarchiv der GESIS unter der Studiennummer ZA5700 bezogen werden. Alle berichteten Analysen wurden mit gewichteten Daten durchgeführt, wobei die im Datensatz zur Verfügung stehende gesamtdeutsche Transformations-, Sozialstruktur- und Regionsgewichtung genutzt wurde. Zusätzlich wurden bei allen in diesem und im folgenden Kapitel berichteten Auswertungen des Vorwahlquerschnitts nur solche Fälle berücksichtigt, die auf allen einbezogenen Variablen gültige Werte aufweisen. Vgl. zu den Studieneinzelheiten die GLES-Homepage der GESIS: <http://www.gesis.org/wahlen/gles/daten-und-dokumente/daten/>.

⁶ Die konkreten Frageformulierungen lauteten wie folgt: „Und nun noch etwas genauer zu Angela Merkel. Sagen Sie mir bitte zu jeder der Aussagen, die ich Ihnen jetzt vorlese, inwieweit sie Ihrer Meinung nach auf Angela Merkel zutrifft oder nicht [Merkel]./Und nun sagen Sie mir bitte, inwieweit die folgenden Aussagen auf Peer Steinbrück zutreffen. Benutzen Sie dafür bitte diese Skala [Steinbrück]. (A) Sie [Er] ist durchsetzungsfähig. (B) Sie [Er] ist vertrauenswürdig. (C) Sie [Er] ist als Mensch sympathisch. (D) Sie [Er] hat vernünftige Vorstellungen, die Wirtschaft anzukurbeln. (E) Sie [Er] repräsentiert die Werte und politischen Vorstellungen der CDU/CSU [SPD].“ Als Antworten standen die Optionen (1) „trifft überhaupt nicht zu“, (2) „trifft eher nicht zu“, (3) „teils/teils“, (4) „trifft eher zu“ sowie (5) „trifft voll und ganz zu“ zur Verfügung. Für die Darstellung in Abb. 3 wurden die Angaben zu den Antwortoptionen (4) „trifft eher zu“ und (5) „trifft voll und ganz zu“ zusammengefasst. Bei den im folgenden Kapitel in Tab. 1 berichteten Analysen wurden alle Angaben zu den fünf Persönlichkeitseigenschaften in ihrer ursprünglichen Fassung berücksichtigt.

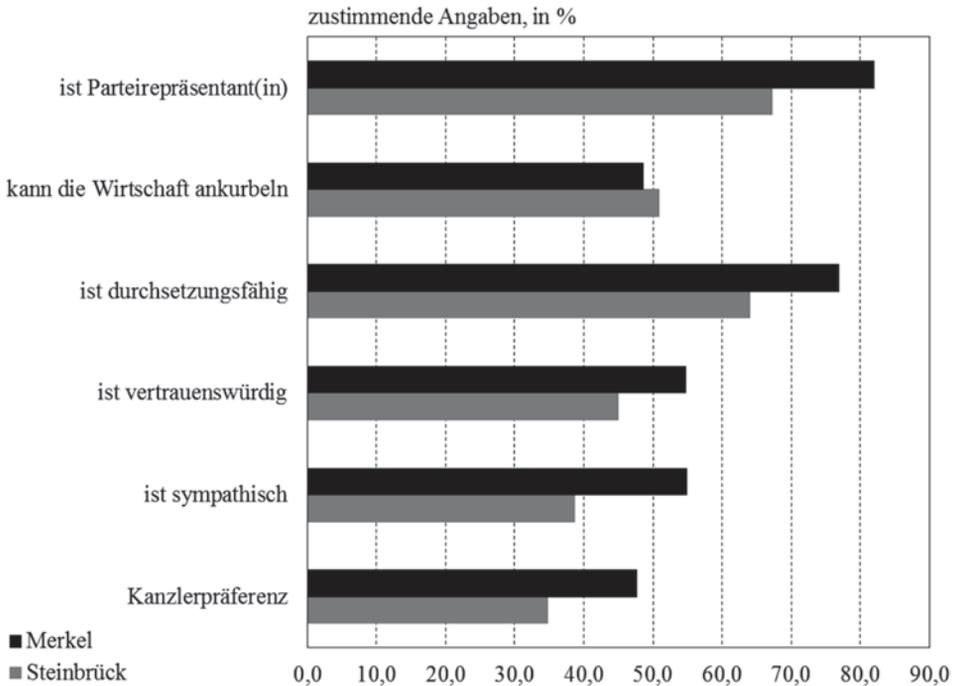


Abb. 3 Die Bewertung Angela Merkels und Peer Steinbrücks anhand verschiedener Persönlichkeitseigenschaften sowie die Kanzlerpräferenz im querschnittlichen Vergleich 2013

vertrauenswürdig und sympathisch gehalten. Zugleich wird aber auch deutlich, dass unter den genannten Items lediglich zwei Items, die Dimension der Vertrauenswürdigkeit sowie die rollenferne Sympathie-Dimension für ihn so schlechte Zustimmungswerte erbringen, dass man festhalten kann, dass lediglich eine Minderheit ihm diese Eigenschaften zuschreibt. Zudem zeigen sich noch zwei weitere bemerkenswerte Befunde: Erstens liegt er mit Blick auf die wirtschaftspolitische Kompetenz knapp vor der Amtsinhaberin. Bei einem Thema, das zugleich zu seinem Markenkern und zum Markenkern der Union gehört, kann er sich also behaupten. Und zweitens erscheinen die Diskrepanzen zwischen Amtsinhaberin und Herausforderer bei dieser Betrachtung kleiner als es auf Grund der Kanzlerpräferenzdaten der RCS-Befragung den Anschein hat. Mit Blick auf diesen Punkt muss jedoch zugleich festgehalten werden, dass die Ursache hierfür möglicherweise weniger in der konkreten Ausrichtung der Beurteilung, sondern möglicherweise eher im Erhebungsformat begründet liegt, denn auch bei der Kanzlerpräferenz des Vorwahlquerschnitts – im unteren Teil von Abb. 3 wiedergegeben – fällt der Unterschied zwischen Merkel und Steinbrück merklich knapper als in der RCS-Befragung aus⁷.

⁷ Dabei ist anzumerken, dass die Formulierung der Kanzlerpräferenzfrage in beiden Befragungen identisch ist.

5 Kandidateneffekte auf die Wahlentscheidung

Doch unabhängig von der Frage, wie groß nun genau der Vorsprung Merkels vor Steinbrück bei der Kanzlerpräferenz ist, ist zu klären, ob und wie die differenzierten Beurteilungen der Kandidaten die Kanzlerpräferenz beeinflussen und inwieweit diese dann wiederum einen eigenständigen Effekt auf die Wahlabsicht ausüben. Zwar ist es zunächst naheliegend, hier von Zusammenhängen auszugehen, gleichwohl sind die tatsächlichen Einflüsse noch möglichst genau zu beziffern. Zudem ist es empirisch zu klärende Frage, inwieweit die Kanzlerpräferenz ein Komposit der Urteile der verschiedenen politiken und rollenfernen Eigenschaftsdimensionen ist, anhand derer die Kandidaten bewertet werden können, und ob bestimmte Eigenschaften hier (stärker) tonangebend sind als andere. Ebenfalls empirisch zu klären ist, ob für Merkel und Steinbrück dabei sowie bei der Übersetzung der Kanzlerpräferenz in Wahlabsichten dieselben Muster aufgezeigt werden können.

Aus diesem Grund haben wir in einem ersten Schritt eine Reihe binärer logistischer Regressionsmodelle mit der Kanzlerpräferenz als abhängige Variable geschätzt und in einem zweiten Schritt dasselbe mit der Wahlabsicht durchgeführt⁸. Dabei wurde die abhängige Variable stets so codiert, dass die fokussierte Zielkategorie den Wert „1“ erhielt und alle übrigen inhaltlich relevanten Angaben mit dem Wert „0“ codiert wurden. Bei den Analysen zur Kanzlerpräferenz für Merkel wurde also beispielsweise der Wert „1“ vergeben, wenn die Kanzlerin genannt wurde. Wurde hingegen Peer Steinbrück genannt oder keine klare Kanzlerpräferenz angegeben, so wurde der Wert „0“ vergeben⁹. Bei den Analysen zu einer Unionswahlabsicht wurde analog der Wert „1“ vergeben, wenn die CDU/CSU genannt wurde. Wurde eine andere Partei genannt, wurde der Wert „0“ vergeben. Bei den Analysen zur Kanzlerpräferenz für Steinbrück bzw. zur SPD-Wahlabsicht wurde spiegelbildlich verfahren.

Bei der Auswertung von Querschnittsdaten kann es grundsätzlich immer Probleme mit unklaren empirischen Kausalitäten geben. Bei Analysen von Querschnittsdaten, die auf das sozialpsychologische Erklärungsmodell des Wählens mit seinen konzeptionell eng verwandten theoretischen Komponenten rekurren, liegt das Risiko auf solche Probleme

⁸ Wir stützen uns dabei auf die Zweitstimmenwahlabsicht. Der Fragestimulus lautete wie folgt: „Bei der Bundestagswahl könnten Sie ja zwei Stimmen vergeben. Die Erststimme für einen Kandidaten aus Ihrem Wahlkreis und die Zweitstimme für eine Partei. Hier ist ein Musterstimmzettel, ähnlich wie Sie ihn bei der Bundestagswahl erhalten würden. Was würden Sie auf Ihrem Stimmzettel ankreuzen? Bitte nennen Sie mir jeweils die Kennziffer für Ihre Erst- und Zweitstimme.“ Als Antwortoptionen konnte zwischen den Vorgaben (21) „CDU/CSU (Christlich Demokratische Union/Christlich-Soziale Union)“, (22) „SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands)“, (23) „FDP (Freie Demokratische Partei)“, (24) „DIE LINKE (DIE LINKE)“, (25) „GRÜNE (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)“, (26) „PIRATEN (Piratenpartei Deutschland)“, (27) „NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands)“, (28) „AfD (Alternative für Deutschland)“ sowie (29) „andere Partei, und zwar“ gewählt werden.

⁹ Die Angabe „weiß nicht“ wurde dabei neben der Angabe „keinen von beiden“ ebenfalls als unklare Präferenz angesehen.

zu stoßen, in besonderer Weise vor. Und bei querschnittlichen Untersuchungen, die versuchen, die unterschiedlichen Bewertungsdimensionen von Kandidaten hinsichtlich ihrer Relevanz zu separieren, ist man nahezu zwangsläufig mit uneindeutigen Kausalitätsbeziehungen konfrontiert. Wir haben daher alle Modelle in Form so genannter optimistischer und konservativer Schätzungen durchgeführt (vgl. dazu Ohr et al. 2013; Rosar und Ohr 2005; sowie ursprünglich Jagodzinski und Kühnel 1990). Bei der optimistischen Schätzung wird dabei nur die unabhängige Variable in das Modell eingeführt, die im Fokus der Betrachtung steht. Die sich ergebende Erklärungskraft des Modells gibt dabei den maximalen Einfluss an, den dieser Prädiktor auf der Grundlage der genutzten Datenbasis statistisch auf die abhängige Variable ausüben kann. Bei der konservativen Schätzung werden zunächst – und gegebenenfalls in unterschiedlicher Rigidität – Drittvariablen eingeführt, die mit der unabhängigen Variable zusammenhängen und ihrerseits die abhängige Variable beeinflussen können. Erst in einem weiteren Schritt wird dann die eigentlich interessierende unabhängige Variable in das Modell eingeführt. Durch den Zuwachs in der Erklärungskraft des Modells, der mit der Hinzunahme der unabhängigen Variable erzielt werden kann, wird die Wirkung kenntlich gemacht, die ihr bei zurückhaltender Betrachtung mindestens zugesprochen werden kann.

Tab. 1 zeigt für die Kanzlerpräferenz als abhängige Variable und die Bewertung der Kandidaten anhand der fünf Eigenschaftsdimensionen als Prädiktoren die Pseudo R²-Werte, die sich einstellen, wenn entsprechende optimistische und konservative Modellschätzungen durchgeführt werden. In den beiden Datenspalten, die mit „Modell 1A-1E“ überschrieben sind, sind die Pseudo R²-Werte der optimistischen Schätzungen dargestellt, d. h. die Pseudo R²-Werte der bivariaten binären logistischen Regressionsmodelle der

Tab. 1 Determinanten der Kanzlerpräferenz für Merkel und Steinbrück (binär logistische Regressionen)

	Kanzlerpräferenz: Merkel			Kanzlerpräferenz: Steinbrück		
	Modell 1A-1E	Modell 2A-2E	Modell 3A-3E	Modell 1A-1E	Modell 2A-2E	Modell 3A-3E
Merkel bzw. Steinbrück ...						
(A) ... ist Parteirepräsentant(in)	0.091	0.018	0.000	0.082	0.040	0.001
(B) ... kann die Wirtschaft ankurbeln	0.386	0.104	0.014	0.223	0.094	0.005
(C) ... ist durchsetzungsfähig	0.162	0.044	0.001	0.167	0.067	0.004
(D) ... ist vertrauenswürdig	0.418	0.112	0.017	0.317	0.149	0.015
(E) ... ist sympathisch	0.336	0.069	0.001	0.268	0.133	0.022

Modelle 1A-1E=Cox & Snell Pseudo R² bivariater binärer logistischer Regressionsmodelle; Modelle 2A-2E = Δ Cox & Snell Pseudo R² binärer logistischer Regressionsmodelle durch die in der Zeile aufgeführte Kandidateneigenschaft und unter Kontrolle einer Parteiidentifikation zu Gunsten der Union bzw. der SPD; Modelle 3A-3E = Δ Cox & Snell Pseudo R² binärer logistischer Regressionsmodelle durch die in der Zeile aufgeführte Kandidateneigenschaft und unter Kontrolle einer Parteiidentifikation zu Gunsten der Union bzw. der SPD sowie der übrigen vier abgefragten Kandidateneigenschaften; alle Berechnungen mit der GLES-Vorwahlstudie 2013 unter Nutzung des kombinierten sozial- und regionalstrukturellen Gewichts für Gesamtdeutschland durchgeführt; bei allen Modellen n=1.120

Kanzlerpräferenzen für Merkel bzw. Steinbrück. Sieht man einmal davon ab, dass der Erklärungswert der optimistischen Modelle für Merkel nahezu durchgängig höher ausfällt, ist vor allem auffällig, dass bei beiden Kandidaten neben der zugeschriebenen Wirtschaftskompetenz und der zugeschriebenen Vertrauenswürdigkeit vor allem bedeutsam zu sein scheint, ob sie als sympathisch wahrgenommen werden, also eine eher rollenferne Eigenschaft Bedeutung besitzt. Dieser Eindruck bleibt auch dann bestehen, wenn zunächst für die Parteiidentifikation kontrolliert wird. In den beiden Datenspalten, die mit „Modell 2A-2E“ überschrieben sind, finden sich die Zuwächse im Pseudo R^2 , die sich für alle fünf Eigenschaftsdimensionen jeweils ergeben, wenn zunächst die Parteiidentifikation¹⁰ in die Modelle eingeführt wird. Zwar sinken die Zahlenwerte erwartungsgemäß deutlich ab, da Anhänger und Gegner einer Partei den Kandidaten stets durch die Filter ihrer eigenen Parteibindung wahrnehmen und bewerten, zugleich bleibt aber die relative Bedeutung der Sympathiebewertung bestehen – insbesondere bei Peer Steinbrück. Das Bild ändert sich erst ein Stück weit, wenn die Testbedingungen noch einmal verschärft werden und neben der Parteiidentifikation zusätzlich zunächst alle anderen Eigenschaftsdimensionen in das Modell eingeführt werden, bevor die eigentlich relevante Dimension berücksichtigt wird (Modell 3A-3E). Unter solchen Bedingungen lassen sich naturgemäß kaum noch substantielle Erklärungszuwächse durch die Hinzunahme weiterer, themenverwandter Personeneigenschaften erreichen. Vor diesem Hintergrund ist es bemerkenswert, dass sich in Bezug auf den Effekt der Sympathie für Steinbrück immerhin noch ein Δ Pseudo R^2 von 0,022 ergibt, während bei Merkel keine Verbesserung der Modellgüte mehr nachweisbar ist. Selbst bei extrem konservativer Betrachtung zeigt sich also, dass beim Herausforderer auch die rollenferne Eigenschaft menschlich sympathisch zu wirken auf die Herausbildung der Kanzlerpräferenz gewirkt hat¹¹. Legt man die optimistischen Modellschätzungen zugrunde, hat die persönliche Ausstrahlung bei beiden Spitzenkandidaten die Herausbildung der Kanzlerpräferenz mit beeinflusst. Legt man allein die extrem konservative Schätzung zugrunde, so hat sie dies zumindest beim Kandidaten Steinbrück getan – gerade für ihn dürfte dabei aber negativ zu Buche geschlagen haben, dass nur eine Minderheit ihn im Vorfeld der Bundestagswahl als menschlich sympathisch empfunden hat.

¹⁰ Der Fragestimulus zur Parteiidentifikation lautete wie folgt: „Und nun noch einmal kurz zu den politischen Parteien. In Deutschland neigen viele Leute längere Zeit einer bestimmten politischen Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie – ganz allgemein gesprochen – einer bestimmten Partei zu? Und wenn ja, welcher?“ Die Antworten wurden für die statistischen Auswertungen analog zur Kanzlerpräferenzfrage kodiert, wobei auch hier wieder die Antwort „weiß nicht“ als gültige Antwort betrachtet wurde.

¹¹ Daraus darf aber im Umkehrschluss auf keinen Fall gefolgert werden, dass dies nicht grundsätzlich auch bei Merkel der Fall gewesen sein könnte. Hier ist es aber unter den gewählten restriktiven Modellbedingungen nicht mehr möglich, den entsprechenden Nachweis zu erbringen. Dies könnte sich aber schon alleine dadurch erklären, dass die Eigenschaftsdimensionen der Sympathie und der Vertrauenswürdigkeit, die bei Merkel auch unter besonders restriktiven Testbedingungen noch einen signifikanten Erklärungsbeitrag liefern, mit $r=0.74$ besonders stark korrelieren, wir hier also möglicherweise ein schlichtes Multikollinearitätsproblem haben.

Tab. 2 Erklärungskraft der Kanzlerpräferenz für die Unions- bzw. SPD-Wahlabsicht bei der Bundestagswahl 2013 (binär logistische Regressionen)

	Wahlabsicht Zweitstimme: Union			Wahlabsicht Zweitstimme: SPD		
	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 1	Modell 2	Modell 3
Kanzlerpräferenz für Merkel bzw. für Steinbrück	0.447	0.051	0.023	0.247	0.032	0.013

Modell 1=Cox & Snell Pseudo R² bivariater binärer logistischer Regressionsmodelle; Modell 2=D Cox & Snell Pseudo R² binärer logistischer Regressionsmodelle durch die Kanzlerpräferenz und unter Kontrolle einer Parteiidentifikation zu Gunsten der der Union bzw. der SPD; Modell 3=Δ Cox & Snell Pseudo R² binärer logistischer Regressionsmodelle durch die Kanzlerpräferenz und unter Kontrolle einer Parteiidentifikation zu Gunsten der Union bzw. der SPD sowie der der Union bzw. der SPD zugeschriebenen Lösungskompetenz für das aus der Sicht der Befragten erst- und zweitwichtigste Problem Deutschlands; alle Berechnungen mit der GLES-Vorwahlstudie 2013 unter Nutzung des kombinierten sozial- und regionalstrukturellen Gewichts für Gesamtdeutschland durchgeführt; bei allen Modellen $n = 1.120$

Allerdings könnte dieses Handicap zumindest ein Stück weit dadurch aufgewogen worden sein, dass seine Person für die Herausbildung einer Wahlabsicht zugunsten der SPD nicht so entscheidend war wie bei Angela Merkel und der Union. Die in Tab. 2 unter Modell 1 wiedergegebenen Werte zeigen jeweils das Pseudo-R², das sich für ein bivariates binäres logistisches Regressionsmodell der Zweitstimmenwahlabsicht auf die Kanzlerpräferenz einstellt. Das Pseudo-R² von .447 für die Union und Angela Merkel ist nahezu zwei Mal so groß wie das für die SPD und Peer Steinbrück. Wird neben der Kanzlerpräferenz die Parteiidentifikation berücksichtigt (Modelle 2), ergeben sich zwar erwartungsgemäß weit schwächere Zahlenwerte für die Verbesserung der Modelle, die durch die Kanzlerpräferenz erzielt werden können. An dem grundsätzlichen Befund, dass eine Präferenz zugunsten Merkels einen stärkeren Einfluss auf die Neigung CDU/CSU zu wählen hat, ändert sich dadurch jedoch nichts. Und selbst bei einer weiteren Verschärfung der Testbedingung durch die zusätzliche Berücksichtigung der den Parteien für die als wichtigstes und zweitwichtigste Problem der Bundesrepublik eingestuften Themenfelder¹² zugeschriebene

¹² Die Befragungsteilnehmer wurde mit folgenden Stimuli zunächst gebeten anzugeben, welches die beiden wichtigsten Probleme sind: „Und nun zur Situation in Deutschland. Sie werden jetzt nach den zwei wichtigsten politischen Problemen gefragt. Was ist Ihrer Meinung nach gegenwärtig das wichtigste politische Problem in Deutschland? Bitte nennen Sie zunächst nur das allerwichtigste Problem. [...]Und was ist Ihrer Meinung nach gegenwärtig das zweitwichtigste politische Problem in Deutschland? Bitte nennen Sie nur ein Problem.“ Anschließend wurden sie mit folgenden Stimuli gebeten anzugeben, welcher Partei bzw. welchen Parteien sie am ehesten die Lösung der Probleme zutrauen: „Und welche Partei ist Ihrer Meinung nach am besten geeignet, das Problem [wichtigstes Problem] zu lösen?“ [...] „Und welche Partei ist Ihrer Meinung nach am besten geeignet, das Problem [Zweitwichtigstes Problem] zu lösen?“ Als antworten standen folgende Kategorien zur Verfügung: (1) „CDU/CSU“, (2) „CDU“, (3) „CSU“, (4) „SPD“, (5) „FDP“, (7) „DIE LINKE“, (6) „GRÜNE“, (215) „PIRATEN (Piratenpartei Deutschland)“, (206) „NPD [INT.: auch DVU]“, (322) „AfD (Alternative für Deutschland)“, (180) „Freie Wähler“, (225) „REP (DIE REPUBLIKANER)“, (237) „Tierschutzpartei“, (209) „ödp (Ökologisch-Demokratische Partei)“, (171) „FAMILIE (Fa-

Problemlösungskompetenz bleibt das Gefälle im Erklärungsbeitrag der Kanzlerpräferenz robust. Peer Steinbrück konnte also weniger als Angela Merkel in seiner Eigenschaft als Kanzlerkandidat die Wahlentscheidung beeinflussen und seine weniger einnehmende persönliche Ausstrahlung dürfte daran einen gewissen Anteil gehabt haben. Die schlechte Wahlkampfperformanz Steinbrücks hat der SPD folglich wohl nicht so durchschlagend geschadet, wie von einigen journalistischen Kommentatoren vermutet wurde. Vielmehr hat es den Anschein, als habe sich bei der SPD im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 eine gewisse Immunsierung gegen negative Kandidateneinflüsse eingestellt.

6 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Versucht man die Ergebnisse der oben dokumentierten Analysen zusammenzufassen, dann ist zunächst festzuhalten, dass auch bei der Bundestagswahl 2013 die Wahrnehmung und Bewertung der Kanzlerkandidaten von CDU/CSU und SPD einen nachweisbaren und relevanten Effekt auf die Wahlentscheidung ausgeübt hat. Den Unionsparteien kam dabei zugute, dass Angela Merkel einen deutlich größeren Rückhalt in der Bevölkerung besaß als Peer Steinbrück. Gleichzeitig übersetzte sich eine Kanzlerpräferenz zugunsten Merckels stärker in eine Wahlabsicht zugunsten von CDU/CSU als dies bei Steinbrück und der SPD der Fall war. Die Union konnte damit an der Wahlurne in besonderer Weise von Angela Merkel profitieren, während sich die ungünstige Bewertung Steinbrücks nur in abgeschwächter Form in den Wahlchancen der SPD niederschlug.

Im Hinblick auf die Kanzlerkandidatur Peer Steinbrücks sind verschiedene Aspekte hervorzuheben: Zunächst ist mit Blick auf die in den Medien viel diskutierte Frage, ob Steinbrück der falsche Kandidat war, festzuhalten, dass keiner der drei SPD-Politiker, die die „Troika“ bildeten, im Vorfeld der Kandidatennominierung an die Umfragewerte von Angela Merkel heranreichte. Insofern war die SPD-Kanzlerkandidatur bei der Bundestagswahl 2013 in gewisser Weise eine „Mission Impossible“. Dies mag erklären, warum Gabriel und Steinmeier aus freien Stücken verzichtet haben. Mit Peer Steinbrück wurde letztlich dasjenige Mitglied der „Troika“ zum Kanzlerkandidaten bestimmt, das in den Monaten vor dieser Entscheidung die besten Umfrageergebnisse aufwies. Insofern besaß der Prozess der Kandidatennominierung in der SPD rückblickend zumindest in dieser Hinsicht eine gewisse Rationalität. Dass die SPD-Führung das Skandalisierungspotential

milien-Partei Deutschlands)“, (226) „RRP (Rentnerinnen und Rentner Partei)“, (224) „RENTNER (Rentner Partei Deutschland)“, (126) „BP (Bayernpartei)“, (214) „PBC (Partei Bibeltreuer Christen)“, (134) „BüSo (Bürgerrechtsbewegung Solidarität)“, (152) „DIE VIOLETTEN“, (801) „andere Partei, und zwar“, (808) „keine Partei“ und (809) „alle Parteien gleich gut“. Zusätzlich wurde codiert, wenn Befragte mit „weiß nicht“ geantwortet haben. Für die Datenauswertungen wurden die Angaben zur Lösungskompetenz beim erst- und zweitwichtigsten Problem jeweils analog zur Kanzlerpräferenz codiert, d. h. es wurden auch die „weiß nicht“-Angaben als gültige Antworten gewertet. Zusätzlich wurde es als gültige Angabe gewertet, wenn ein Befragter bereits bei der Frage nach dem wichtigsten bzw. dem zweitwichtigsten Problem kein Problem benennen konnte.

nicht erkannte, dass den enormen Summen innewohnte, die Steinbrück nach seinem Ausscheiden aus dem Amt des Bundesfinanzministers mit Vorträgen verdiente, lässt hingegen Zweifel an der Rationalität des Auswahlprozesses aufkommen. Denn Steinbrück wurde sehr schnell nach seiner Nominierung von einer Honorardebatte eingeholt, deren negativen Wirkungen er durch seine unbedachte Äußerung zur Bezahlung des Bundeskanzlers noch deutlich steigerte. Den knappen Wettbewerbsvorteil, den er vor seiner Nominierung im Vergleich zu Steinmeier aufwies, machte er dadurch zunichte, ohne jedoch auf das schlechte Niveau Sigmar Gabriels abzusinken. Kurz vor der Bundestagswahl verbesserten sich die Umfragewerte Steinbrücks dann wieder, ohne dass er aber das Niveau vor seiner Nominierung wieder erreichen konnte.

Richtet man einen genaueren Blick auf die Bewertungen der Persönlichkeit Steinbrücks durch die Bevölkerung und die Wirkungen, die von diesen auf die Kanzlerpräferenz ausgingen, dann ist festzuhalten, dass die Kanzlerpräferenz zugunsten von Steinbrück besonders stark von der ihm zugeschriebenen Vertrauenswürdigkeit und Sympathie beeinflusst wurde. Zwei Eigenschaften, in denen er erstens deutlich hinter Merkel lag und die zweitens mit großer Wahrscheinlichkeit von der Honorar- und Gehaltsdebatte negativ beeinflusst wurden. Die im Vergleich zu Merkel bessere Bewertung seiner Wirtschaftskompetenz wirkte sich hingegen erkennbar schwächer auf eine Präferenz zu seinen Gunsten aus. Steinbrück konnte seine strategischen Vorteile folglich nur sehr eingeschränkt ausspielen, während seine Schwächen die Kanzlerpräferenz deutlich beeinflussten.

Als „Glück im Unglück“ für die SPD muss gelten, dass die Kanzlerpräferenz zugunsten Steinbrücks schwächer auf die Wahlentscheidung durchschlug als im Falle Merkels. Die SPD konnte sich dadurch zumindest teilweise von den schlechten Werten Steinbrücks abkoppeln. Die Klärung der Frage, ob hinter diesem Befund ein allgemeiner Mechanismus in dem Sinne steht, dass starke Kandidaten sowohl positive Bewertungen auf sich ziehen als auch eine starke Personalisierung der Wahlentscheidung bewirken können, oder ob sich an dieser Stelle die im Vergleich zu Merkel geringere Kongruenz zwischen Steinbrück und seiner Partei niederschlug, muss zukünftiger Forschung vorbehalten bleiben.

Literatur

- Beste, Ralf, Dirk Kurbjuweit, Ann-Kathrin Nezik, Gordon Repinski, und Barbara Schmid. 2013. Der Dilettant. *Der Spiegel* 2:17–22.
- Brettschneider, Frank. 2001. Candidate-Voting. Die Bedeutung von Spitzenkandidaten für das Wählerverhalten in Deutschland, Großbritannien und den USA von 1960 bis 1998. In *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998*, Hrsg. Hans-Dieter Klingemann und Max Kaase, 351–400. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Brettschneider, Frank. 2002. *Spitzenkandidaten und Wählerfolg. Personalisierung – Kompetenz – Parteien. Ein internationaler Vergleich*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Campbell, Angus, Philip E. Converse, Warren E. Miller, und Donald E. Stokes. 1960. *The American Voter*. Chicago: The University of Chicago Press.

- Dalton, Russell J. 2000. The Decline of Party Identifications. In *Parties without Partisans. Political Change in Advanced Industrial Democracies*, Hrsg. Russell Dalton und Martin P. Wattenberg, 19–36. Oxford: Oxford University Press.
- Fürnberg, Ossip, und Markus Steinbrecher. 2013. Wen kümmern schon Inhalte? Die Bedeutung von Themenorientierungen für das Wahlverhalten in ausgewählten Bevölkerungsgruppen bei der Bundestagswahl 2009. In *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 2009*, Hrsg. Harald Schoen, Bernhard Weßels, und Oscar W. Gabriel, 156–178. Wiesbaden: VS Springer.
- Jagodzinski, Wolfgang, und Steffen Kühnel. 1990. Zur Schätzung der relativen Effekte von Issueorientierungen, Kandidatenpräferenz und langfristiger Parteibindung auf die Wahlabsicht. In *Wahlen, Parteiliten, politische Einstellungen. Neuere Forschungsergebnisse*, Hrsg. Karl Schmitt, 5–63. Frankfurt a. M.: Peter Lang.
- Klein, Markus, und Dieter Ohr. 2001. Die Wahrnehmung der politischen und persönlichen Eigenschaften von Helmut Kohl und Gerhard Schröder und ihr Einfluß auf die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 1998. In *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1998*, Hrsg. Hans Dieter Klingemann und Max Kaase, 91–132. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Klein, Markus, und Dieter Ohr. 2000. Gerhard oder Helmut? ‚Unpolitische‘ Kandidateneigenschaften und ihr Einfluß auf die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 1998. *Politische Vierteljahresschrift* 41:199–224.
- Lass, Jürgen. 1995. *Vorstellungsbilder über Kanzlerkandidaten. Zur Diskussion um die Personalisierung von Politik*. Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag.
- Lazarsfeld, Paul F., Bernard Berelson, und Hazel Gaudet. 1944. *The people's choice. How the voter makes up his mind in a presidential campaign*. New York: Duell.
- Lipset, Seymour M., und Stein Rokkan. 1967. Cleavage structures, party systems and voter alignments. In *Party systems and voters alignments: cross-national perspectives*, Hrsg. Seymour M. Lipset und Stein Rokkan, 1–64. New York: Free Press.
- Magazin, Süddeutsche Zeitung. 2013. Sagen Sie jetzt nichts, Peer Steinbrück. <http://sz-magazin.sueddeutsche.de/texte/anzeigen/40461/>. Zugegriffen: 24. März 2015.
- Mancini, Paolo, und David L. Swanson. 1996. Politics, media, and modern democracy: introduction. In *Politics, media, and modern democracy. An international study of innovations in electoral campaigning and their consequences*, Hrsg. David L. Swanson und Paolo Mancini, 1–26. Westport: Praeger Publishers.
- McAllister, Ian. 2007. The Personalization of Politics. In *The Oxford handbook of political behavior*, Hrsg. Russell J. Dalton und Hans-Dieter Klingemann, 571–588. Oxford: Oxford University Press.
- Miller, Arthur H., P. Martin Wattenberg, und Oksana Malanchuk. 1986. Schematic assessments of presidential candidates. *American Political Science Review* 80:521–540.
- Mughan, Anthony. 2000. *Media and the Presidentialization of Parliamentary Elections*. Houndmills: Palgrave.
- Ohr, Dieter. 2000. Wird das Wählerverhalten zunehmend personalisierter, oder: Ist jede Wahl anders? Kandidatenorientierungen und Wahlentscheidung in Deutschland von 1961 bis 1998. In *50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklung, Befunde, Perspektiven, Daten*, Hrsg. Markus Klein, et al., 272–308. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Ohr, Dieter. 2005. Wahlen und Wählerverhalten im Wandel: Der individualisierte Wähler in der Mediendemokratie. In *Die Bundestagswahl 2002. Eine Untersuchung im Zeichen hoher politischer Dynamik*, Hrsg. Manfred Güllner, et al., 15–30. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Ohr, Dieter. 2011. Changing Patterns of Political Communication. In *Political leaders and democratic elections*, Hrsg. Kees Aarts, André Blais, und Hermann Schmitt, 11–34. Oxford: Oxford University Press.

- Ohr, Dieter, und Markus Klein. 2001. Der Wahlsieg der SPD bei der Bundestagswahl 1998: Politikwechsel oder Kanzlerwechsel? Methodische Probleme bei der Separierung der Einflüsse von Kandidatenbewertung und Parteienkompetenz. *ZA-Information* 49:92–102.
- Ohr, Dieter, und Henrik Oscarsson. 2011. Leader Traits, Leader Image and Vote Choice. In *Political leaders and democratic elections*, Hrsg. Kees Aarts, André Blais, und Hermann Schmitt, 187–219. Oxford: Oxford University Press.
- Ohr, Dieter, and Markus Klein, und Ulrich Rosar. 2013. Bewertungen der Kanzlerkandidaten und Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2009. In *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2009*, Hrsg. Harald Schoen, Bernhard Weßels, und Oscar W. Gabriel, 206–230. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Pappi, Franz U., und Susumu Shikano. 2001. Personalisierung der Politik in Mehrparteiensystemen am Beispiel deutscher Bundestagswahlen seit 1980. *Politische Vierteljahresschrift* 42:355–387.
- Rosar, Ulrich, und Dieter Ohr. 2005. Die Spitzenkandidaten: Image und Wirkung. In *Die Bundestagswahl 2002. Eine Untersuchung im Zeichen hoher politischer Dynamik*, Hrsg. Manfred Güllner, et al., 103–121. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Rosar, Ulrich, und Hanna Hoffmann. 2015. War sie die richtige, war er der falsche? Einflüsse der Bewertung der Kanzlerkandidaten Steinbrück und Merkel auf die Wahlchancen ihrer Parteien bei der Bundestagswahl 2013. In *Die Bundestagswahl 2013*, Hrsg. Karl-Rudolf Korte, 119–139. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schulz, Winfried. 2011. *Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. (3. Überarbeitete Auflage).
- Wattenberg, Martin P. 1991. *The Rise of Candidate-Centered Politics. Presidential Elections of the 1980s*. Cambridge: Harvard University Press.
- Wilke, Jürgen, und Carsten Reinemann. 2000. *Kanzlerkandidaten in der Wahlkampfberichterstattung. Eine vergleichende Studie zu den Bundestagswahlen 1949–1998*. Köln: Böhlau Verlag.

Dr. Markus Klein ist Professor für Politische Soziologie an der Leibniz Universität Hannover.

Dr. Ulrich Rosar ist Professor für Soziologie an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.